



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 08/20 • 20.02.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, der die langfristigen Prioritäten der Union definiert und Obergrenzen für die Ausgaben in den jeweiligen Bereichen setzt, gehen in die nächste Runde:

Ratspräsident Charles Michel hat für den heutigen Nachmittag die Staats- und Regierungschefs der EU zu einer Sondertagung des Europäischen Rates eingeladen, in der über den langfristigen EU Haushaltsplan für die Jahre 2021-2027 beraten werden soll. Am 14. Februar wurde zur Vorbereitung des Sondergipfels die neue Verhandlungsbox vorgelegt. Danach ist für die Jahre 2021 bis 2027 ein EU-Gesamtbudget von 1.095 Mrd. € vorgesehen. Der Vorschlag liegt damit über dem Vorschlag der finnischen Ratspräsidentschaft von Anfang Dezember aber noch unter dem Vorschlag der Europäischen Kommission, die 1,135 Mrd € vorgeschlagen hatte und des Europäischen Parlaments.

Bereits vor dem EU-Sondergipfel äußerte das Verhandlungsteam des EP seine Ablehnung gegenüber dem Vorschlag von Ratspräsident Charles Michel für das nächste langfristige EU-Budget. Kritik gab es u.a. an den geplanten Einschnitten. Wo es eigentlich Investitionen geben sollte, um den Green Deal und die Digitalisierung umzusetzen, würden die Einschnitte stattdessen vertieft.

Bei dem Blick auf die Verhandlungen ist allerdings festzustellen, dass die Entscheidung noch nie beim ersten Treffen der Staats- und Regierungschefs zum MFR gefallen ist.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union

Vertretung bei der

Europäischen Union

Vertretung bei der

Europäischen Union



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Michel-Vorschlag für Mehrjährigen Finanzrahmen für das Europäische Parlament nicht akzeptabel	
• Internationale Geberkonferenz für Wiederaufbau in Albanien	
• EU hilft ostafrikanischen Ländern im Kampf gegen Heuschrecken	
• Außenminister einigen sich auf neue Mission vor libyscher Küste	
• Interreg: EU-Programm für Zusammenhalt in Grenzregionen feiert 30-jähriges Bestehen	
• Eurobarometer – Deutsche und Europäer stehen mehrheitlich zur Europäischen Union	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• EU investiert mehr als 100 Millionen Euro in neue LIFE-Projekte zum Schutz von Umwelt und Klima	
• Gestaltung der digitalen Zukunft der Europäischen Union	
• EU genehmigt Beihilfen für Schienen-Güterverkehr in Sachsen-Anhalt	
• Kommissar Hogan gibt neues Transparenzpaket bekannt	
• Die neue Gleichstellungsstrategie und der Umgang mit Gegenreaktionen	
• Reform der Regeln für die EU-Wertpapiermärkte: öffentliche Konsultation	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung – MdEP Sven Schulze berichtet über aktuelle mittelstandsrelevante Themen im EU-Parlament	
• Transnationaler Austausch zum Thema Integration und Migration an der Hochschule Harz	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• Robert-Schuman-Preis	
• Wettbewerb Euroscola: Vereinigtes Deutschland – vereinigtes Europa?	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	20
• Berlinale 2020: Creative Europe MEDIA	
• Berlinale 2020: Sachsen-Anhalt bei der Berlinale	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Michel-Vorschlag für Mehrjährigen Finanzrahmen für das Europäische Parlament nicht akzeptabel

Vor dem EU-Sondergipfel am 20. Februar äußert das Verhandlungsteam des EP seine Ablehnung gegenüber dem Vorschlag von Ratspräsident Charles Michel für das nächste langfristige EU-Budget:

„Obwohl wir den Austausch mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, in den vergangenen zwei Wochen begrüßen, bleibt sein Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 weit unter den Erwartungen des Europäischen Parlaments und der Bürgerinnen und Bürger.

Präsident Michel nimmt den schädlichen Vorschlag, der auf technischer Ebene von der finnischen Ratspräsidentschaft im Dezember 2019 vorbereitet wurde, als Blaupause. Wo wir maßgebliche Investitionen erwarten, um den Green Deal und die Digitalisierung umsetzen und Europa stärker machen zu können, bestätigt oder vertieft Präsident Michel die Einschnitte in der Landwirtschaft, Kohäsion, Infrastrukturinvestitionen, Digitalisierung, KMUs, Erasmus, Jugendarbeitslosigkeit, Verteidigung und vielen anderen Bereichen.

Das Europäische Parlament stellt fest, dass es einnahmenseitig eine Öffnung der Position gibt, doch sieht es nach wie vor zwei große Unzulänglichkeiten: Ersten muss verhindert werden, dass ein Korrekturmechanismus bei der Plastikabgabe die Anreizwirkung gefährdet. Zweitens muss es eine klare und bindende Verpflichtung geben, dass im Rahmen des MFR 2021-2027 neue Eigenmittelquellen geschaffen werden.“

Das Verhandlungsteam lehnt daher diesen Vorschlag ab und erwartet vom Europäischen Rat, keine Schlussfolgerungen auf dieser Basis anzunehmen. • *ah Quelle: PM EP*

Mehr Informationen zum Verhandlungsteam und der eine erste Analyse der Zahlen finden Sie in der [Pressemitteilung des EPs](#).

Internationale Geberkonferenz für Wiederaufbau in Albanien

Am 17. Februar kamen ungefähr 100 Delegationen der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und Partner, einschließlich internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft, auf einer internationalen Geberkonferenz in Brüssel zusammen, um nach dem verheerenden Erdbeben vom 26. November 2019 Unterstützung für Albanien zu mobilisieren.

Die Gastgeberin der Veranstaltung, EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen, erklärte dazu: „Die internationale Gemeinschaft stellte sich heute solidarisch an die Seite Albanien. Ein Drittel der insgesamt zugesagten Mittel werden von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Investitionsbank bereitgestellt. Die gesamte Europäische Union setzt sich für ein Land ein, das im Zentrum unseres Kontinents liegt und das – wie ich hoffe und überzeugt bin – auch eines Tages Teil unserer Union sein wird. Das albanische Volk weiß, dass es zu unserer europäischen Familie gehört – heute mehr denn je.“



Von den heute zugesagten Mitteln in Höhe von 1,15 Milliarde EUR stellen die Europäische Union, einschließlich der Kommission, ihrer Mitgliedstaaten und der Europäischen Investitionsbank 400 Mio. EUR für den Wiederaufbau Albaniens zur Verfügung. Mittel in Höhe von 115 Mio. EUR hat die Europäische Kommission aus dem EU-Haushalt zugesichert. Dazu gehört eine heute von Präsidentin von der Leyen und Ministerpräsident Rama unterzeichnete erste Finanzhilfe in Höhe von 15 Mio. EUR für den Wiederaufbau und die Instandsetzung wichtiger öffentlicher Gebäude wie Schulen, um einen raschen Beginn der



Unterstützung vor Ort zu ermöglichen. Darüber hinaus hat die Kommission dem Rat und dem Parlament einen Vorschlag für die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in 100 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt in diesem Jahr unterbreitet, die in die Instandsetzung und den Wiederaufbau öffentlicher und privater Gebäude, aber auch betroffener Unternehmen fließen sollen. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EU hilft ostafrikanischen Ländern im Kampf gegen Heuschrecken

Die Europäische Union unterstützt mit einer ersten Nothilfe in Höhe von zunächst 1 Mio. Euro die internationalen Bemühungen, um die verheerende Heuschreckenplage in mehreren ostafrikanischen Ländern zu bekämpfen. „Die Heuschreckenschwärme vernichten Ernten und Weideland und haben so reale humanitäre Auswirkungen“, erklärte Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement. „Rasches Handeln ist erforderlich. Unsere Nothilfe wird Hirten und Bauern helfen, die Gefahr laufen, ihre Lebensgrundlage zu verlieren.“ Weitere substantielle EU-Hilfen für die in der Region tätige Welternährungsorganisation FAO werden derzeit geprüft.

„Wir müssen unsere Anstrengungen zur Bewältigung der Situation verstärken, bevor sie noch mehr Menschen betrifft“, sagte Lenarčič weiter.

Die am 18. Februar angekündigten EU-Mittel werden als erste, unmittelbare Reaktion freigegeben, um den Heuschreckenausbruch einzudämmen und die ländlichen Lebensgrundlagen zu schützen, insbesondere derjenigen, die bereits von Nahrungsmittelknappheit bedroht sind.

Heuschrecken können an einem Tag bis zu 150 km weit fliegen. Ein typischer Schwarm kann 150 Millionen Heuschrecken pro km² enthalten, die jeden Tag Pflanzen vernichten können, die der Nahrungsgrundlage für 35.000 Menschen entsprechen. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Außenminister einigen sich auf neue Mission vor libyscher Küste

Die Außenminister der EU haben sich am 17. Februar darauf **geeinigt**, eine neue Operation im Mittelmeerraum zur Einhaltung des Waffenembargos der Vereinten Nationen einzuleiten. Die bisherige Operation Sophia soll demnach am 20. März auslaufen. Die neue Mission gegen illegalen Waffenschmuggel und organisierte Kriminalität vorgehen und die Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine weiterführen.

Der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sagte: „Es wurde nachdrücklich gefordert, dass das Waffenembargo vollständig respektiert und umgesetzt wird. Wir wissen, dass dies nicht der Fall ist. Das Waffenembargo wird systematisch verletzt. Das füttert die Kämpfer mit einer unglaublichen Menge an Waffen.“ Die Minister seien sich einig gewesen, dass die Europäische Union eine entscheidende Rolle einnehmen müsse, damit die Waffenruhe halten könne.

Die neue Operation wird Luft-, Satelliten- und Seeeinheiten umfassen und soll sich vorwiegend auf den Osten der libyschen Küste konzentrieren, da dort ein Großteil des Waffenschmuggels stattfindet.

Die potentiellen Auswirkungen auf die Migrationsströme sollen dabei sorgfältig und regelmäßig überwacht werden. Wenn nötig soll dies zum Abzug von Marineeinheiten aus dem betreffenden Gebiet führen. Die Einzelheiten der Einigung werden nun ausgearbeitet und sollen beim nächsten Außenministerrat weiter erörtert werden. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Interreg: EU-Programm für Zusammenhalt in Grenzregionen feiert 30-jähriges Bestehen



Die im Jahr 1990 eingeleitete Europäische territoriale Zusammenarbeit, die Interreg beinhaltet, ist ein Programm der Kohäsionspolitik. Interreg führt mit nationalen, regionalen und lokalen Akteuren aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten gemeinsame

Maßnahmen durch und bietet einen Rahmen für Austauschmöglichkeiten.

Seit 1990 wurden über die Interreg-Programme europaweit insgesamt ca. 30 Mrd. Euro investiert. Davon hat auch Deutschland profitiert. Derzeit gibt es 22 grenzübergreifende Projekte, die durch Interreg in Deutschland gefördert werden. Darunter u.a. Aktivitäten in den gemeinsamen Grenzregionen mit Polen, Luxemburg, Frankreich, Österreich, Niederlande und Tschechien. Anlässlich des Jubiläums sagte Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen: „In den vergangenen 30 Jahren hat Interreg mit zahlreichen von der EU geförderten Projekten die mehr als 170 Millionen Europäerinnen und Europäer, die in Grenzregionen leben, näher zusammengebracht, ihr Leben verbessert und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit geschaffen.“

Die Interreg-Programme erstrecken sich auf den gesamten europäischen Kontinent und sind im Zeitraum 2014-2020 mit einem Gesamtbudget von 12 Mrd. Euro ausgestattet, einschließlich der Beiträge der EU und der Mitgliedstaaten.



Themen der über das gesamte Jahr 2020 durchgeführten Kampagne zum 30-jährigen Bestehen werden „Nachbarn“, „Grün“ und „Jugend“ sein. Weiterhin soll in diesem Rahmen eine Bilanz der bisherigen Leistungen gezogen werden, um zu evaluieren, wo konkret weiteres Verbesserungspotenzial besteht. • *lb Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Eurobarometer – Deutsche und Europäer stehen mehrheitlich zur Europäischen Union

Umweltschutz und Klimawandel stellten für 44 Prozent der Deutschen und 35 Prozent der Europäer neben Einwanderungsfragen (38 bzw. 34 Prozent) die größten Probleme für die EU dar. Dies ergab die jüngste von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Eurobarometer-Umfrage von November 2019. Damit hätten seit 2015 Umweltschutz und Klimawandel in der Bewertung der wichtigsten Probleme durch die Europäer insgesamt um 24 Prozentpunkte zugelegt. 59 Prozent der Deutschen und 54 Prozent der Europäer befürworteten die Entwicklung erneuerbarer Energien. Eine Vorreiterrolle Europas im Kampf gegen Kunststoffabfälle und Einwegplastik unterstützten 57 Prozent der Deutschen und 53 Prozent der Europäer. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sähe die Zukunft der EU optimistisch und sie seien davon überzeugt, dass die Interessen ihres jeweiligen Landes in der EU zum Zuge kommen. Gemäß der Umfrage fühlten sich 83 Prozent der Deutschen und 70 Prozent der Europäer als Bürger der Europäischen Union. Die befragten Deutschen seien überzeugt, dass ihre eigene Stimme in der EU zähle, auch wenn diese Zuversicht seit dem Höchstwert in der vorherigen Befragung kurz nach den Europawahlen im Mai 2019 einen klaren Dämpfer erhalten habe. • *ms Quelle PM KOM*

Weiterführende Informationen enthält der [nationale Bericht](#) sowie die [PM](#) der Kommission.



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU investiert mehr als 100 Millionen Euro in neue LIFE-Projekte zum Schutz von Umwelt und Klima

Die Europäische Kommission hat am 17. Februar 2020 bekanntgegeben, dass mehr als 100 Millionen Euro für zehn Projekte aus dem LIFE- Förderprogramm in neun Mitgliedstaaten bewilligt wurden. Es handelt sich dabei um sogenannte „Integrierte Projekte“, die in einem großen räumlichen Maßstab von Behörden unter Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure vorrangig in den Bereichen Natur, Wasser, Abfall, Luft sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel umgesetzt werden. Die Projekte müssen aus anderen öffentlichen oder privaten Finanzierungsquellen kofinanziert werden. Im Bereich Naturschutz werden Projekte aus Estland, Irland und Zypern gefördert. Ein Projekt in Griechenland befasst sich mit dem Abfallmanagement und die Slowakei in Verbindung mit der Tschechischen Republik wird im Hinblick auf die Verbesserung ihrer Luftqualität unterstützt. Weitere Integrierte Projekte in Irland und Lettland zielen darauf ab, die Wasserqualität zu verbessern. Zu den zehn Projekten gehören auch Vorhaben zur Anpassung an den Klimawandel in Spanien und Frankreich sowie zur Wissensvermittlung bezüglich grüner Finanzprodukte. Alle diese Projekte dienen dazu, den Europäischen Grünen Deal und das Ziel eines CO₂ –neutralen Europas zu erreichen. Weitere detaillierte Angaben sind [hier](#) zu finden. *ms Quelle PM KOM*

Die vollständige Pressemitteilung der Kommission [hier](#).

8

Gestaltung der digitalen Zukunft der Europäischen Union



Am 19. Februar 2020 stellte die Europäische Kommission ihre jüngsten Strategien für einen digitalen Wandel in den EU-Mitgliedstaaten vor, die sich an ethischen Grundsätzen und an den Grundwerten der europäischen Gesellschaften sowie der EU-Grundrechte-Charta orientieren sollen. Die Kommission legt in ihrer Mitteilung zur Gestaltung der digitalen Zukunft dar, dass man bei der Entwicklung von vertrauenswürdigen Technologien die Menschen und ihre Bedürfnisse prioritär

berücksichtigen und neue Chancen für Unternehmen eröffnen, d.h. Demokratie und eine nachhaltige Wirtschaft fördern wolle. Gleichzeitig sieht man die Digitalisierung als wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung des Klimawandels und die Verwirklichung des ökologischen Wandels. Die neuen politischen Strategien sollen Europa in die Lage versetzen, modernste digitale Technik einzuführen, seine Cybersicherheitskapazitäten zu stärken und dabei eine Vorreiterrolle für vertrauenswürdige künstliche Intelligenz (KI) einzunehmen.



Das Weißbuch sieht einen Rahmen für vertrauenswürdige KI vor, der auf Exzellenz und Vertrauen beruht. Der private und öffentliche Sektor sollen die Verbreitung von KI-Lösungen auch in kleinen und mittleren Unternehmen beschleunigen. Für KI-Systeme mit hohem Risiko soll es klare Vorschriften für transparente und nachvollziehbare Systeme geben (z.B. bei Gesundheit, Polizei oder Verkehr). Für KI-Anwendungen mit geringerem Risiko sieht die Kommission ein freiwilliges Kennzeichnungssystem vor, wenn solche Anwendungen höhere Standards erfüllen. Außerdem gelten die EU-Verbraucherschutzvorschriften weiter fort. In Bezug auf die derzeit generell verbotene Gesichtserkennung möchte die Kommission eine breite Debatte darüber einleiten, inwiefern künftig ggf. Ausnahmen gerechtfertigt sein könnten.

Mit der europäischen Datenstrategie soll ein echter EU-Datenraum, d.h. ein Daten-Binnenmarkt entstehen, um zum Nutzen von Unternehmen, Forschern und öffentlichen Verwaltungen ungenutzte Daten freizugeben und einen frei zugänglichen, sektorenübergreifenden Datenverkehr zu ermöglichen. Hierzu wird ein Vorschlag für einen Rechtsrahmen für Daten-Governance, den Zugang zu Daten und deren Weiterverwendung zwischen Unternehmen bzw. Behörden angekündigt. Zweitens soll die Entwicklung technischer Systeme und Infrastrukturen der nächsten Generation unterstützt werden, die Akteure befähigt, ihre Chancen in der Datenwirtschaft wahrzunehmen. Zudem wird die Kommission sektorspezifische Maßnahmen einleiten, um europäische Datenräume, z. B. für industrielle Fertigungen, Grünen Deal, Mobilität oder Gesundheit, zu schaffen. Schließlich soll der unterschiedliche Stand der digitalen Kompetenzen unter den Europäern weiter verringert und ein besserer Schutz der Bürger gegenüber unbefugtem Zugriff auf ihre maschinengenerierten Daten geprüft werden.

Hinsichtlich des Weißbuchs zur KI und der Datenstrategie wird bis zum 19. Mai 2020 jeweils eine öffentliche Konsultation stattfinden. • *ml Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie hier:

[Mitteilung: Gestaltung der digitalen Zukunft Europas](#)

[Europäische Datenstrategie](#)

[Weißbuch zur künstlichen Intelligenz](#)

[Gestaltung der digitalen Zukunft Europas – Fragen und Antworten](#)

[PM EU-Kommission mit weiteren Hinweisen a.E.](#)

EU genehmigt Beihilfen für Schienen-Güterverkehr in Sachsen-Anhalt

Die Europäische Kommission hat auf der Grundlage der EU-Beihilfavorschriften eine Beihilferegelung sowie Einzelbeihilfen zur Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene in Sachsen-Anhalt genehmigt. Die Beihilferegelung ist mit einem Budget von 3 Mio. Euro ausgestattet und läuft bis 2024. Die zwischen 2013 und 2018 gewährten Einzelbeihilfen belaufen sich auf insgesamt rund 1,5 Mio. Euro.

Die Unterstützung erfolgt in Form von direkten Zuschüssen an die Eigentümer privater Eisenbahninfrastruktur, um einen Beitrag zu den Kosten für den Bau, die Modernisierung und die Renovierung von Gleisanlagen, Schienenverbindungen sowie Be- und Entladeeinrichtungen zu leisten. Die Kommission stellte fest, dass die Regelung und die Einzelbeihilfen die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene in Sachsen-Anhalt fördern. Insbesondere stellte die Kommission fest, dass die Fördermaßnahmen



notwendig sind, da die Eigentümer der bestehenden privaten Schienengüterverkehrsinfrastruktur sonst keine ausreichenden Anreize hätten, Investitionen in diese Schieneninfrastruktur zu tätigen, und daher andere, umweltschädlichere Verkehrsträger nutzen würden.

Auf dieser Grundlage kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Regelung und die Einzelbeihilfen mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar sind. Weitere Informationen werden auf der Website der Kommission im [öffentlichen Fallregister](#) unter den Nummern SA.54102 und SA.56001 verfügbar sein, sobald alle Fragen der Vertraulichkeit geklärt sind. • *ah PM Vertretung KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kommissar Hogan gibt neues Transparenzpaket bekannt

Am 18. Februar 2020 gab EU-Handelskommissar Phil Hogan seine Absicht bekannt, die Transparenzpflichtungen der Europäischen Kommission weiter auszubauen, indem unter anderem systematisch über die Arbeit aller im Rahmen von EU-Handelsabkommen eingesetzten Ausschüsse berichtet wird.

Vor Vertretern der Zivilgesellschaft erklärte Kommissar Hogan in Brüssel: „Die EU ist in der Handelspolitik bereits die transparenteste Behörde der Welt, und wir wollen in dieser Richtung noch weiter gehen. Deshalb bin ich stolz, ein neues Paket von Verpflichtungen zur Verstärkung unserer Transparenzbemühungen bekannt zu geben. Dadurch wird unsere globale Führungsrolle bei der Gestaltung einer transparenten und inklusiven Handelspolitik weiter gestärkt.“

Das neue Paket von Transparenzmaßnahmen umfasst auch die Veröffentlichung von

- Beschlüssen der Kommission zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, bilaterale Investitionsverhandlungen zu führen,
- Zusammenfassungen der Sitzungen des Ausschusses für handelspolitische Schutzinstrumente, soweit sie keine vertraulichen Geschäftsinformationen enthalten, und
- Empfehlungen der Kommission für Verhandlungsrichtlinien, und zwar nicht nur für Präferenzhandelsabkommen, wie dies bereits der Fall ist, sondern auch für nichtpräferenzielle Abkommen. Kommissar Hogan bestätigte ferner, dass die Initiative der Kommission zur Veröffentlichung von Dokumenten, die im Rahmen der [Verordnung über den Zugang zu Dokumenten](#) freigegeben werden, auch für handelsbezogene Dokumente gelten wird.

• *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Die Rede Kommissar Hogans](#)

[Transparency in action](#)



Die neue Gleichstellungsstrategie und der Umgang mit Gegenreaktionen

Symbolträchtig zum Internationalen Frauentag am 8. März 2020 wird die neue Geschlechtergleichstellungsstrategie der Kommission erwartet. Kommissarin Helena Dalli ist dabei davon überzeugt, die neue, ehrgeizige Strategie stelle einen Meilenstein hin zur Realisierung der Gleichstellung als Grundprinzip der EU dar.

Neben den vielfältigen Themen der Strategie wie Gewalt gegen Frauen, Lohnungerechtigkeit, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Geschlechterfragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und KI ist auch ein erneuerter Gender-Mainstreaming-Ansatz als besonderer Punkt enthalten. Auch nach Ansicht der Abgeordneten müsse Gleichstellung ressortübergreifend in allen politischen Bereichen von Anfang an beachtet und durchgesetzt werden, von Gleichstellungsinitiativen im Bildungs-, Gesundheits- und Wirtschaftswesen bis hin zur außenpolitischen Repräsentation Europas durch die Entsendung von Frauen in Auslandsdelegationen.

Neben der Ratifizierung der Istanbul-Konvention fordern Abgeordnete auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Gegenreaktionen (engl. *backlash*) auf die Gleichstellung der Geschlechter. Es sei bedauernd, dass viele der Herausforderungen, die in der Erklärung und Aktionsplattform von Peking vor 25 Jahren genannt wurden, auch heute noch aktuell seien.

• *kg Quelle: Aussprache Plenarsitzung sowie PM EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Reform der Regeln für die EU-Wertpapiermärkte: öffentliche Konsultation

Die Europäische Kommission holt seit dem 17. Februar in einer öffentlichen Konsultation Meinungen über mögliche Reformen der Richtlinie und der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID und MiFIR) ein. Die Regeln für die europäischen Wertpapiermärkte sind seit dem 3. Januar 2018 in Kraft und ein Eckpfeiler der Reformen, die die EU nach der Finanzkrise eingeführt hat. Sie zielen darauf ab, den Anlegerschutz zu verbessern und einen transparenten Handel mit Finanzinstrumenten zu gewährleisten. Obwohl die Regeln insgesamt gut funktioniert haben, könnten einige Anpassungen erforderlich sein.

Die heute gestartete Konsultation fragt insbesondere nach möglichen Änderungen der Anlegerschutzvorschriften, um das richtige Gleichgewicht zwischen der Förderung der Beteiligung der Anleger an den Kapitalmärkten, der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors der EU und der Wahrung der Interessen der Anleger zu finden. Die Konsultation befasst sich mit der möglichen Einführung eines neuen Transparenzinstruments, das es Anlagemanagern, Anlageberatern und ihren Kunden ermöglicht, Zugang zu „Live“-Vermögenspreisen in der gesamten EU in einem konsolidierten Format („consolidated tape“) zu erhalten.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, der auch für die Union für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte zuständig ist, sagte: „Wir brauchen gut funktionierende Finanzmarktregeln, um sicherzustellen, dass die EU-Kapitalmärkte funktionieren, sowohl für die Unternehmen, die Finanzierungen aufnehmen, als auch für die Europäer, die ihr Geld investieren wollen. Dies ist eine wesentliche Komponente zur Stärkung



unserer Kapitalmarktunion. Die heutige Konsultation soll sicherstellen, dass die MiFID zur Kapitalmarktunion und zu unseren umfassenderen politischen Prioritäten beiträgt.“

Die heutige Konsultation ist online verfügbar und läuft bis zum 20. April 2020. Sie wird in den kommenden Monaten in die legislative Arbeit der Kommission einfließen. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Link zur Konsultation](#)

[Weitere Informationen zur MiFID-Richtlinie](#) und zu anderen [Regeln für die EU-Wertpapiermärkte](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung – MdEP Sven Schulze berichtet über aktuelle mittelstandsrelevante Themen im EU-Parlament



Der Arbeitskreis für kleine und mittlere Unternehmen (AK KMU), der sich aus deutschen und österreichischen Verbands- und Länder-Vertretern zusammensetzt und als informeller Kreis regelmäßig aktuelle mittelstandsrelevante Fragen diskutiert, tagte am 18. Februar in der Landesvertretung Brüssel.

Gastredner war Sven Schulze, CDU-Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt, der über aktuelle mittelstandsrelevante Themen im EU-Parlament berichtete. Er ist dort stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN) sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE). Darüber hinaus fungiert Schulze als CDU-Generalsekretär in Sachsen-Anhalt.

Schulze berichtete über ein Bündel an Themen, die den Mittelstand tangieren und die ihm in seiner Ausschuss-Arbeit sowie in persönlichen Gesprächen mit Betroffenen begegneten, so beispielsweise der von der EU-Kommission geplante EU-Rahmen für Mindestlohnuntergrenzen, dessen Einführung er aufgrund der fehlenden EU-Kompetenz bei der Lohnfindung als kritisch betrachtete. Ebenso wichtig sei der Europäische Grüne Deal als neue Wachstumsstrategie Europas, der Auswirkungen auf alle Lebensbereiche habe. Wichtig sei nun die Implementierung der Maßnahmen, die mittelstandsfreundlich erfolgen müsse. Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft müsse aber auch die Auswirkungen auf die verschiedenen Teile der Gesellschaft berücksichtigen und alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Weitere Themen, die von Sven Schulze angesprochen wurden: KMU-Strategie, A1-Bescheinigung, Digitaler Binnenmarkt und vieles mehr. • dw



ERASMI

Empowering Regional Actors & Stakeholders
for Migrant and Refugee Inclusion

Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Transnationaler Austausch zum Thema Integration und Migration an der Hochschule Harz

Um ihre Erfahrungen bezüglich der Arbeit mit geflüchteten Menschen zu teilen, haben sich im Dezember 2019 Integrationsakteure aus ganz Europa auf dem Halberstädter Campus der Hochschule Harz getroffen. Es war die erste gemeinsame Veranstaltung eines neuen Projekts, das von der Hochschule Harz koordiniert wird.



Prof. Dr. Birgit Apfelbaum (Mitte) begleitet seit mehr als vier Jahren am Fachbereich Verwaltungswissenschaften das Thema Flüchtlingsmanagement. Auch beim neuen Programm ERASMI profitieren regionale und europäische Akteure von der Expertise der Wissenschaftlerin. (Foto: Hochschule Harz)

14

Unter dem Titel „Empowering Regional Actors & Stakeholders for Migrant and Refugee Inclusion“ (ERASMI) geht es darum, regionale Akteure in ihrer Arbeit zu stärken und ihnen zu mehr Handlungsfähigkeit bei der Inklusion von Migranten und Geflüchteten zu verhelfen.

Seit mehr als vier Jahren begleitet Prof. Dr. Birgit Apfelbaum mit ihrem Team am Fachbereich Verwaltungswissenschaften das Thema Flüchtlingsmanagement. Eines der größten Probleme: Es gibt viele Akteure auf verschiedenen Ebenen wie Bund, Land und Kommune. Einige arbeiten hauptamtlich, andere ehrenamtlich. „Deshalb war eines unserer Ziele, eine Plattform zum Austausch zu schaffen sowie Herausforderungen und innovative Lösungsansätze zu dokumentieren“, erklärt die Kommunikations- und Sozialwissenschaftlerin. Dazu wurden verschiedene Workshops organisiert, zu denen die regionalen Akteure aus ganz Sachsen-Anhalt mehrfach auf den Halberstädter Campus kamen: Bundes- und Landeseinrichtungen, Kommunalverwaltungen, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Migrantenorganisationen, Vertreter des Flüchtlingsrats sowie andere Engagierte mit und ohne Fluchthintergrund. In dem neuen Projekt, was im Rahmen des Programms Erasmus+ gefördert wird, geht es um die europäische Perspektive: Welche Erfahrungen machen Integrationsnetzwerke in Irland, Dänemark, Italien und der Türkei? Anlässlich ihres ersten gemeinsamen Treffens im Dezember diskutierten die ERASMI-Projektpartner gute internationale Beispiele. Zudem trafen sie sich mit regionalen Partnern des Halberstädter Projektteams, unter anderem mit der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt (ZASt) und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Halberstadt e. V.; die Integrationsakteure sollen auch



weiterhin hauptsächlich von der Arbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler profitieren. So fließen etwa die Beispiele guter Praxis aus dem Umfeld der beteiligten europäischen Partner in innovative Lerninstrumente wie eine virtuelle Plattform. „Wir hoffen definitiv auf die Fortführung des Austauschs, aus dem wir bereits wichtiges Feedback für unsere tägliche Arbeit und neue Ideen ziehen konnten“, sagt Isabell Koch vom Diakonischen Werk im Kirchenkreis Halberstadt e. V., welcher verschiedene Angebote für geflüchtete Menschen und Migranten bereithält. „Insbesondere beim Thema Integration auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir weiterhin den Austausch mit anderen Akteuren, was etwa rechtliche Fragen betrifft, aber auch mit den Arbeitgebern aus der Region, die Kooperationspartner im Sinne von Vorreitern sein wollen“, schickt sie ihre Wünsche für die zukünftige Zusammenarbeit voraus.

Das Projekt ERASMI wird im Rahmen des Programms Erasmus+ drei Jahre gefördert. Inhaltlich knüpft es an die IntegrIF-Projekte der Hochschule Harz insofern an, als dass hier die Initiierung und Stärkung von Integrationsnetzwerken in Sachsen-Anhalt bereits einen Arbeitsschwerpunkt darstellten. Kontakte zu Partnern aus Belgien, Schweden und Finnland bestanden bereits im Rahmen des ESF-geförderten MeMoRe-Projekts, das von 2017 bis 2019 das Thema Job-Mentoring für Geflüchtete interdisziplinär untersuchte. • *Gastartikel*

ERASMI Ansprechpartner an der Hochschule Harz:

Prof. Dr. Birgit Apfelbaum
Projektleiterin

Fachbereich
Verwaltungswissenschaften
Telefon +49 3943-659-435
Telefax +49 3943-659-5435
Mail: bapfelbaums@hs-harz.de

Robin Radom
*Wissenschaftlicher
Mitarbeiter*

Fachbereich
Verwaltungswissenschaften
Telefon +49 3943-659-449
Telefax +49 3943-659-5449
Mail: rradom@hs-harz.de

Stefan Apitz
*Wissenschaftlicher
Mitarbeiter*

Fachbereich
Verwaltungswissenschaften
Telefon +49 3943-659-448
Telefax +49 3943-659-5448
Mail: sapitz@hs-harz.de

Weitere aktuelle Informationen auf <https://www.erasmi.info/>



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Robert-Schuman-Preis



Zum 70. Jahrestag der Erklärung vom 9. Mai 1950 ruft das Robert-Schuman-Europazentrum zu Beiträgen für die Robert-Schuman-Preise auf. Dafür können auf bis zu zweieinhalb Seiten Vorschläge für neue Aktionen der Europäischen Union für die nächsten 70

Jahre in Französisch, Deutsch, Luxemburgisch oder Englisch eingereicht werden. Die Ergebnisse werden während der Gedenkfeier zum Jahrestag der Schuman-Erklärung am 9. Mai 2020 im Schuman-Haus im französischen Scy-Chazelles von den bei der Feier anwesenden Staats- und Regierungschefs bekanntgegeben.

Der erste Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. Die Beiträge müssen vor dem 15. März eingereicht werden. • *ah Quelle: EU-Nachrichten*

[Zum Wettbewerbsaufruf](#)

Wettbewerb Euroscola: Vereinigtes Deutschland – vereinigtes Europa?



Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland ruft auch 2020 wieder zum Euroscola-Wettbewerb auf. Das Thema lautet: „Vereinigtes Deutschland - vereinigtes Europa?“.

Die Gewinner des Wettbewerbs nehmen als deutsche Vertreter am Programm Euroscola im Europäischen Parlament in Straßburg teil. Dort treffen sich 15-mal im Jahr je ca. 500 Jugendliche aus allen EU-Mitgliedstaaten für einen Tag. Euroscola findet in englischer und französischer Sprache dort statt, wo sonst europäische Politik gemacht wird: im Plenarsaal und in den Ausschussräumen des Europäischen Parlaments. Durch den Wettbewerb Euroscola erhalten Schülerinnen und Schüler die Chance, sich mit dem Thema Europa und dem Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in der Europäischen Union zu befassen. Der Beitrag kann als Kurzgeschichte, Comic, Gedicht, Rede, Theaterstück, Krimi, Präsentation, Kurzfilm, Ausstellung, Poetry-Slam, Fotoreportage, Online-Blog oder Nachrichtenbeitrag eingereicht werden. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 3. April 2020. • *ah Quelle: EU-Nachrichten*

[Weitere Informationen zum Wettbewerb](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden u.a. erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- gesuch Horizon 2020 ICT France	CATIE Mr Charles Garnier c.garnier@catie.fr +335 64 31 01 07	CATIE is interested in two Horizon 2020 ICT calls linked to robotics, as well as two SwaFs calls, and would like to join a consortium as a partner to apply to these calls : <ul style="list-style-type: none"> - ICT-46-2020 : Robotics in application areas and coordination & Support - ICT-47-2020 : Research and innovation boosting promising robotics applications - SwafS-24-2020 : Science education outside the classroom - SwafS-31-2020 : Bottom-up approach to build SwafS knowledge base
Forschungs- gesuch Horizon 2020 Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Partner für ein Regenüberwachungs- system für hydrogeologische Notfälle gesucht Ein italienisches KMU, das Lösungen für die Umweltüberwachung entwickelt, sucht nach Partnern, die sich gemeinsam auf eine H2020-Ausschreibung bewerben wollen. Die Idee ist, einen Vorschlag vorzubereiten, der sich auf die Harmonisierung/Demonstration von Low-Impact-Technologien und nachhaltigen Technologien sowie auf Lösungen auf natürlicher Basis konzentriert, um die Widerstandsfähigkeit von Smart Cities bei Umweltgefahren zu fördern. Gesucht werden Technologieanbieter und Forschungseinrichtungen, die im Bereich der Belastbarkeit der Umwelt gegenüber Klimafragen



		<p>tätig sind (z. B. Überwachungssysteme, Hydrometeorologie, IoT-Systeme, Katastrophenmanagement). Außerdem sucht das Unternehmen öffentliche Einrichtungen (z.B. Kommunen, Umweltbehörden usw.) als Hauptnutznießer und als Organisationen, die die Pilotprojekte aufnehmen können.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: RDIT20200210001</p>
<p>Forschungs-gesuch</p> <p>Horizon 2020</p> <p>Frankreich</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Koordinator für ein Projekt zu digitaler Diagnostik gesucht</p> <p>Ein französisches Unternehmen, das Blut-Biomarker für die Psychiatrie entwickelt hat, sucht einen Koordinator, um einen gemeinsamen Vorschlag für eine Horizon 2020-Ausschreibung einzureichen. Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer Plattform, die Ärzten bei der Diagnose psychiatrischer Störungen (insbesondere Depressionen und bipolare Störungen) helfen soll. Diese Plattform wird aktuelle diagnostische Standards und innovative Marker beinhalten.</p> <p>Das Unternehmen sucht einen Koordinator, der einen Vorschlag für diese Ausschreibung einreicht: Digitale Diagnostik - Entwicklung von Werkzeugen zur Unterstützung klinischer Entscheidungen durch die Integration verschiedener diagnostischer Daten. Der Partner kann eine Universitätsklinik sein, die in der Psychiatrie tätig ist, oder ein Endbenutzerunternehmen (Pharmaunternehmen oder Diagnostikunternehmen). Der zukünftige Koordinator sollte über Erfahrung im Management von EU-Projekten verfügen und in der Lage sein, verschiedene Arbeitspakete zu steuern. Er wird die Ausarbeitung des Vorschlags leiten (Frist: 7. April 2020), mit der Unterstützung der anderen Mitglieder des Konsortiums (KMU und klinische Partner).</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: RDFR20200207001</p>



Technologie-gesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Technologien zur Beseitigung der Luftverschmutzung in städtischen Gebieten gesucht Ein großes spanisches Industrieunternehmen, das in den Bereichen Wassertechnik, Dienstleistungen, Bau und Materialien tätig ist, arbeitet an der Verbesserung der Luftqualität in den Städten. Das Unternehmen sucht aktiv nach Technologien, die der Luftreinigung in Städten mit hohem Luftverschmutzungsindex gewidmet sind, wobei die Lösungen auf der Grundlage von Stadtgärten entwickelt werden. Die gesuchte Lösung sollte ein bereits brauchbares Produkt oder ein funktionsfähiger Prototyp sein, der vergrößert oder integriert und validiert werden kann. Das spanische Unternehmen sucht Start-ups, KMUs und andere Unternehmen oder F+E-Zentren, die an einem Abkommen über technische Zusammenarbeit interessiert sind. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: TRES20200207001
Geschäftliches Gesuch Belgien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Belgisches Unternehmen sucht Lieferanten von Netzen für Abwasserbehandlungsbehälter Ein belgisches KMU ist in der Abwasserbehandlung tätig und sucht nach Netzen für seine Betonbehälter. Die Netze werden verwendet, um die Perlen zurückzuhalten, die im Tank die Rolle des Bakterienträgers spielen. Die Netze sollten wasserbeständig und verrottungsfest sein, um die Behandlung von Abwasser durch eine eingetauchte, belüftete Kultur zu ermöglichen. Spezifische Farbbänder ermöglichen es, die Menge der Perlen im Netz leicht zu identifizieren. Die Kooperation erfolgt im Rahmen einer Lieferantenvereinbarung. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: BRBE20191015001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp

Berlinale 2020: Sachsen-Anhalt bei der Berlinale

Drei Filme, die mit Unterstützung der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) entstanden sind, werden im Rahmen der heute beginnenden 70. Berlinale präsentiert und feiern dort ihre Weltpremiere:



©Internationale Filmfestspiele Berlin

„Father“: Das Drama des serbischen

Regisseurs Srđan Golubovic wurde in Serbien gedreht. Die

Filmmusik komponierte Mario Schneider aus Sachsen-Anhalt und an der Ton-Postproduktion war Metrix Media aus Halle (Saale) beteiligt.

„DAU. Natasha“: eine internationale Koproduktion der Regisseure Ilya Khrzhanovsky und Jekaterina Oertel

„DAU. Degeneration“: ein dokumentarischer Film von Ilya Khrzhanovskiy und Ilya Permyakov.

Außerdem finden sich 12 MDM-geförderte Filme im Programm Lola at Berlinale wieder.

Den Goldenen Ehrenbären für ihr Lebenswerk erhält die britische Schauspielerin und Oscar-Preisträgerin Helen Mirren. 2008 drehte der Regisseur Michael Hoffman mit ihr und

Christopher Plummer für „Ein russischer Sommer“ u. a. in Sachsen-Anhalt, wobei sie den Begriff „Sexy-Anhalt“ für das Filmland prägte. Die 70. Internationalen Filmfestspiele Berlin widmen ihr eine Hommage. • *ah Quelle: PM Sachsen-Anhalt vom 20. Februar 2020*

[Berlinale](#), 20. Februar – 1. März 2020

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle

GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.



Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel

gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.



In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Ob offen oder als Hindernis, sichtbar oder kaum wahrzunehmen – wo Grenzen verlaufen, berühren sich verschiedene Territorien. Die Grenzen innerhalb und von Deutschland sowie die Außengrenzen der Europäischen Union sind das Thema des Quiz dieser Woche.



1. Mit fast 83 Millionen EinwohnerInnen ist die Bundesrepublik Deutschland das einwohnerreichste Land der EU. Und auch im Hinblick auf die Anliegerstaaten, mit denen sich Deutschland die insgesamt 3800 km lange Außengrenze teilt, steht die Bundesrepublik an der Spitze.

Mit wie vielen EU-Mitgliedsstaaten teilt sich Deutschland eine Außengrenze?

- A) 7
- B) 8
- C) 9

2. Auch die 16 deutschen Bundesländer werden durch „Grenzen“ voneinander abgetrennt. Welches Bundesland in Deutschland grenzt an die meisten anderen deutschen Bundesländer?

- A) Sachsen-Anhalt
- B) Niedersachsen
- C) Hessen

3. Mit dem Schengen-Abkommen wurde der Traum der Reisefreiheit in Europa wahr. Dahingegen werden die EU-Außengrenzen durch Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, geschützt und abgesichert. In welcher europäischen Hauptstadt hat Frontex seinen Sitz?

- A) Brüssel
- B) Madrid
- C) Warschau

Lösung:

1. B) Die Bundesrepublik Deutschland hat insgesamt neun Anliegerstaaten, jedoch ist die im Süden angrenzende Schweiz kein Mitglied der Europäischen Union. Abgesehen von der Schweiz teilt sich Deutschland mit folgenden acht EU-Mitgliedsstaaten eine Außengrenze: im Norden mit Dänemark, im Osten mit Polen und Tschechien, im Südosten und Osten mit Österreich, im Südwesten mit Frankreich sowie im Westen mit Luxemburg, Belgien und den Niederlanden. Damit ist Deutschland das Land der Europäischen Union mit den meisten Anliegerstaaten.

Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark ist dabei die kürzeste und beträgt gerademal 68 km. Platz 1 belegen laut Statistischem Bundesamt gleich zwei deutsche Außengrenzen: sowohl die deutsch-tschechische als auch die deutsch-österreichische Grenze



hat eine Länge von 817 km, wobei der Bodensee als Teil der Grenze zu Österreich nicht einberechnet wurde.

2. B) Mit neun deutschen Nachbarn ist Niedersachsen das Bundesland mit den meisten Anliegerländern. Neben den Niederlanden als Anliegerstaat im Westen grenzt Niedersachsen im Süden an Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen, im Osten an Sachsen-Anhalt und Brandenburg, im Nordosten an Mecklenburg-Vorpommern sowie im Norden an Schleswig-Holstein und Hamburg. Des Weiteren liegt der Stadtstaat Bremen im Bundesland Niedersachsen.

Dahingegen bringt es Hessen nur auf sechs angrenzende Bundesländer: Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg. Sachsen-Anhalt teilt sich lediglich mit den vier deutschen Nachbarn Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen eine Grenze. Nur an ein einziges Bundesland grenzen drei deutsche Bundesländer: die Stadtstaaten Bremen (an Niedersachsen) und Berlin (an Brandenburg) sowie das Saarland (an Rheinland-Pfalz).

3. C) Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache wurde im Jahr 2004 mit dem Ziel, die EU-Mitgliedsstaaten und die Schengen-assoziierten Länder beim Schutz der EU-Außengrenzen zu unterstützen, gegründet und hat ihren Sitz in der polnischen Hauptstadt Warschau. Zu den Hauptaufgabenfeldern von Frontex gehören u.a. die Koordination der Zusammenarbeit von Mitgliedsstaaten bezogen auf den Grenzschutz, Risiko- und Gefahrenanalysen bezüglich der EU-Außengrenzen sowie die Unterstützung der Mitgliedsstaaten in Bereichen wie der Ausbildung von GrenzschutzbeamtInnen und der Organisation von Rückführungsaktionen.

Laut Vorschlägen der Europäischen Kommission soll die Anzahl der Frontex-MitarbeiterInnen von derzeit etwa 1500 bis 2027 auf schätzungsweise 10.000 Einsatzkräfte steigen. Mit der steigenden Anzahl an MitarbeiterInnen stieg auch das jährliche Budget: 2005 hatte die Agentur noch 6,2 Millionen Euro zur Verfügung, 2018 waren es bereits 320 Millionen Euro und in den Jahren 2021 bis 2027 soll ein Budget von etwa 11,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. So sollen unter anderem eigene Ausrüstung, Fahrzeuge und Schiffe finanziert werden. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisieren Frontex vor allem für die militärischen Abwehrmaßnahmen von Geflüchteten im Mittelmeerraum. So gab beispielsweise der ehemalige Frontex-Direktor Ilkka Laitinen im Oktober 2013 zu, dass es mehrmals zu Abschiebungen ohne Asylprüfung und unter Androhung von Gewalt kam.

Über die Innen- und Außenpolitik der Europäischen Union sowie andere europäische Themen berät Sie das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle. Wenden Sie sich bei Fragen gern unter info@europedirect-halle.de an uns oder besuchen Sie eine unserer Informationsveranstaltungen.

Näheres dazu erfahren Sie hier: <https://bit.ly/2HzF5jC>



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
N.N.	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Martina Denck (MD)	Hospitantin	...34	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...14	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Antonietta Hofmann

Fotos

Antonietta Hofmann, sofern nicht anders
angegeben oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

